

Griechenland, Spanien, Portugal: Konsolidierung ohne aktiven Wachstumsschub unrealistisch

Ein Policy Brief zu Entwicklungsoptionen der peripheren EU-Länder

Die Konsolidierungsstrategien für Griechenland, Spanien und Portugal haben offensichtlich ihr Ziel verfehlt. Vier Jahre nach der weltweiten Finanzmarktkrise verzeichnen diese Länder ein Budgetdefizit von durchschnittlich 6%, die Verschuldung ist von 75% auf 118% des BIP gestiegen, es herrscht Rezession, und die Arbeitslosenquote – besonders unter jungen Menschen – steigt enorm. Diese Länder brauchen dringend einen Strategiewechsel.

Zu einem solchen Strategiewechsel ruft ein Policy Brief auf, den das WIFO im Rahmen des großen europäischen Forschungsprojektes "Welfare, Wealth and Work for Europe – WWforEurope" im Auftrag der Europäischen Kommission erarbeitet hat. Der Policy Brief analysiert die Reformprogramme, die diese Länder an Europas südlicher Peripherie mit der Troika von Europäischer Kommission, EZB und IWF vereinbart haben. Diese Programme verbinden Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung mit Strukturreformen und Elementen einer internen Abwertung durch Lohn- und Pensionskürzungen. Aber sie lassen eine proaktive Politik vermissen. "Gerade proaktive Politikelemente sind eine wesentliche Bedingung dafür, dass sich Länder, die in wirtschaftlichen Rückstand geraten sind, wieder stabilisieren und aufholen können. Dies gilt umso mehr für jene Länder in der Währungsunion, die nicht mehr auf das Instrument der Abwertung zurückgreifen können", erklärt Karl Aiginger, Leiter des WIFO: "Die Reformprogramme brauchen deshalb ein aktives, wachstumförderndes Gegenstück zur fiskalischen Konsolidierung".

Eine neue Entwicklungsstrategie, argumentiert der Policy Brief, muss von einer Vision ausgehen, die die Position der Länder nach der Konsolidierung und die künftige Spezialisierung der Wirtschaft festlegt. Sie muss in gemeinsamer nationaler Anstrengung erarbeitet werden und über ein im Gegenzug zu versprochenen Finanzhilfen verhandeltes Reformpaket hinausgehen. Und sie muss getragen werden von einem gemeinsamen Engagement regionaler Akteure wie etwa Entwicklungsagenturen, Sozialpartner und Wissenstransfer-Institutionen. Die Strategie muss sich an regionsspezifischen Stärken orientieren und auf eine beschränkte Zahl vorranglicher Projekte fokussieren. "Eine solche breite, als 'nationales Eigentum' betrachtete Strategie fehlt heute in allen drei Ländern", erklärt Aiginger.

Wiederaufbau der Produktionsbasis

Der Policy Brief skizziert die notwendigen Elemente einer neuen Entwicklungsstrategie für Griechenland, Spanien und Portugal. Peter Huber, WIFO-Experte und Ko-Autor des Policy Briefs, sieht in der schwachen Produktivitätsentwicklung die Hauptursache für den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit in diesen Ländern. Der **Wiederaufbau der Produktionsbasis** habe daher oberste Priorität. Dazu braucht es Anreize für private Investitionen, auch aus dem Ausland, und für verstärkte Innovationsleistungen sowie eine verbesserte Kooperation unter den Unternehmen. Daraus ergibt sich die Forderung nach einer **neuen Industriepolitik**, die sich auf Wettbewerb, Innovation, Unternehmensgründungen und einen engen Austausch zwischen Unternehmen und Bildungsinstitutionen stützt.



Dieses Projekt wird im Rahmen des Programmes
TOP.EU aus Mitteln des BMWF gefördert **BM.W_F^a**

Reformen staatlicher Strukturen

Ineffiziente Strukturen in allen Politikfeldern zu verbessern, ist ein weiteres Kernelement einer solchen Entwicklungsstrategie. Das **Bildungssystem** muss sich mehr an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren und stärker mit der Industrie- und Innovationspolitik vernetzt werden. **Staatliche Ausgaben** sollten vor allem auf die Stärkung der künftigen Wettbewerbsfähigkeit abzielen statt auf überdimensionierte Ausgabenbereiche wie Verwaltung, Militärsektor und Pensionen für privilegierte Gruppen. Das **Steuersystem** sollte den Faktor Arbeit entlasten und Vermögen und Finanztransaktionen stärker in die Steuerpflicht nehmen. Ein Stopp der Steuerflucht ist dafür Voraussetzung.

Realisierung von Wettbewerbsvorteilen

Die Leistungsbilanz der Länder wird durch die hohen Energieimporte stark belastet. Wie Initiativen zum Ausbau von Windkraft und Solarenergie in Portugal und Spanien zeigen, haben jedoch die Länder durchaus das Potential, ein **Laboratorium für die Entwicklung alternativer Energietechnologien** zu werden. Ein **aufgewerteter Tourismussektor** könnte weitere Potentiale realisieren, wenn er sich vom Massentourismus ab- und neuen Geschäftsmodellen mit höherer Wertschöpfung zuwendet. Auch die **Revitalisierung der Häfen** durch angeschlossene Industriezonen und Logistikzentren könnte neue Chancen für die Exportwirtschaft eröffnen.

Verstärkte Unterstützung durch die EU

Eine neue Entwicklungsstrategie verlangt von den Ländern intensive Anstrengungen. Sie fordert aber auch mehr Unterstützung durch die Europäische Union, etwa durch **längere Fristen für die Konsolidierung** oder durch **effizientere Nutzung bestehender EU-Fonds** zur Stärkung langfristiger Wachstumskomponenten im Konsolidierungsprozess. Dafür sollte es ebenso strikt beachtete Vorgaben und Ziele wie für die Budgetkonsolidierung geben. Aus den Strukturfonds sollte ein größerer Teil den Peripherie-Ländern gewidmet und auf die Unterstützung von Unternehmensgründungen, Technologieparks und Servicezentren ausgerichtet werden.

Die **Geldpolitik der EZB** sollte Unterstützung geben, indem sie die Zinssätze für Anleihen der Länder stabilisiert. Die Vergemeinschaftung der Schulden in der Eurozone sollte auch langfristig ein niedrigeres Zinsniveau garantieren. Ein einmaliger Schuldenschnitt wird für ein Land wohl unvermeidlich sein, vielleicht für alle.

Die Gläubigerländer stehen ebenso in der Verantwortung. Sie sollten die **positiven Spill-over-Effekte** vom Zentrum in die Peripherie maximieren, indem sie die Lohnentwicklung an jene der Produktivität koppeln und damit die Binnenkaufkraft stärken und indem sie eine expansive Wirtschaftspolitik forcieren, etwa durch Investitionen mit Doppeldividende in umweltschonende und energiesparende Technologien.

Welfare, Wealth and Work for Europe

Der Policy Brief wurde im Rahmen des vierjährigen Forschungsprojektes "Welfare, Wealth and Work for Europe – WWforEurope" erarbeitet. Das Projekt startete im April 2012 und zielt darauf ab, die analytische Basis für ein neues europäisches Wachstumsmodell zu legen, das einen sozioökologischen Wandel zu hoher Beschäftigung, sozialer Integration und ökologischer Nachhaltigkeit ermöglicht. Karl Aiginger, Leiter des WIFO, ist Koordinator des Projektes, das Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen von 33 Forschungsinstitutionen versammelt. WWforEurope wird von der Europäischen Kommission im 7. Rahmenprogramm gefördert.

Wien, am 11. Dezember 2012

Rückfragen bitte am Mittwoch, dem 12. Dezember 2012, zwischen 11:30 und 17:00 Uhr, an
Dr. Peter Huber, Tel. +43 1 798 26 01 210, Peter.Huber@wifo.ac.at
Prof. Dr. Karl Aiginger, Tel. +43 1 798 26 01 210, Karl.Aiginger@wifo.ac.at

European Policy Brief:

"Policy options for the development of peripheral regions and countries of Europe"

Autoren: Karl Aiginger, Peter Huber, Matthias Firgo

Kostenloser Download: www.foreurope.eu